Die

Jaup'sche Kammer-Vertagung

und der

constituirende Landtag

für

Hessen,

eine Beleuchtung des in dieser Sache von dem „vaterländischen" ꝛc. Verein zu Gießen erlassenen Aufrufs an die „Mitbürger in Oberhessen".

Rede,

gehalten auf dem Bezirks-Congreß der demokratischen Vereine Oberhessens

von

Rudolf Fendt, stud. jur.,
Abgeordneten des „republikanischen Vereins" zu Gießen.

(Herausgegeben vom Bezirksausschuß der demokratischen Vereine von Oberhessen).

Giessen 1848,
gedruckt bei Carl Schild.

Digitized by Google

Bürger! Darüber, daß unsere beide Ständekammern nicht länger mehr in der bisherigen Weise fortbestehen können, sind meines Wissens alle politischen Parteien in Hessen dem Grundsatz nach einverstanden. Ich habe nicht nöthig, hier noch einmal alle die Gründe zu wiederholen, wodurch dies Verlangen gerechtfertigt wird; sie sind schon seit Monaten in zahlreichen Volksversammlungen und durch die Presse sattsam diskutirt worden und die große Majorität des hessischen Volkes, dessen souveräner Wille trotz der Privatinteressen eines Ministers und dem Machtspruche einer noch immer von Gottes Gnaden sich datirenden Regierung das höchste Gesetz ist, hat jenes Verlangen ausdrücklich zu dem ihrigen g macht. Der Fortbestand unserer erſten Kammer, die sich bisher fast in allen Fragen den eindringlichen Forderungen eines noch so gemäßigten Fortschritts entgegengestemmt hat, steht schon prinzipiell als die Vertretung der Sonder-Interessen einer durch die Geburt privilegirten Kaste mit dem Geiste der Zeit und dem bekannten Beschlusse der Nationalversammlung in schreiendem Widerspruch: sie muß für immer aufgehoben werden. Unsere unter der Herrschaft des gestürzten du-Thil-metternich'schen Systems, unter dem Drucke der Polizei und Censur und den unverschämtesten

Digitized by Google

Machinationen der Büreaukratie, nach dem Census eines schmachvollen Wahlgesetzes zusammengetretene, ohnehin durch den Austritt fast aller tüchtigen Mitglieder zerbröckelte zweite Kammer kann nach dem 6. März unmöglich noch als eine Vertretung des Volkswillens gelten, wie dies ihre seitherige Thätigkeit sattsam bewiesen hat! sie muß aufgelöst werden. Ein neuer Landtag muß unverweilt an die Stelle jener veralteten Institute treten und die Regelung unserer öffentlichen Zustände im Geiste der Demokratie und nach den Verheißungen des 6. März in seine Hand nehmen. Die öffentliche Meinung hat sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß dieser „constituirende Landtag" nur aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgehen dürfe, weil nur auf diesem, schon vom Vorparlament grundsätzlich festgestellten Wege der unverfälschte Ausdruck des Volkswillens ermittelt werden kann. In welcher Weise jedoch das hier zu Grunde zu legende Wahlgesetz zu erzielen sei, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die radikale Fraktion der demokratischen Partei verlangt den einseitigen Erlaß desselben von der verantwortlichen Regierung, weil sie mit Recht voraussetzt, daß aus der Mitte einer unverantwortlichen, aus lauter Privilegirten bestehenden Kammer kein liberales Wahlgesetz hervorgehen könne. Andere verwerfen den angedeuteten Weg als „revolutionär" und verlangen, daß das fragliche Wahlgesetz der Kammer zur Genehmigung vorgelegt werde. Die letztere Ansicht, die bereits durch einen früheren Kammerbeschluß gesetzlich sanktionirt war, wurde neuerdings abermals auf dem sogenannten „verfassungsmäßigen Weg" zur Geltung gebracht durch den bekannten Antrag des Abgeordneten Lehne, der nach Vollendung des sofort vorzulegenden Wahlgesetzes auf unverzügliche Auflösung drang. Dieser Antrag wurde unterstützt von 20 Abgeordneten und später noch von 2 Mitgliedern des darüber berichterstattenden Ausschusses; er hatte demnach die entschiedene Majorität für sich, und dem Ministerium Jaup, das sich in seinem Programm ausdrücklich gegen die Vorlage des Wahlgesetzes und die dadurch bedingte Auflösung ausgesprochen hatte, war dadurch von Seiten der Kammer die entscheidende Alternative gestellt.

Digitized by Google

Herr Jaup hat es vorgezogen, zur ferneren Fristung seiner interimistischen Existenz den Knoten durchzuhauen mit dem Kabinetsstreich der Vertagung: eine Maßregel, die als rücksichtslose Beleidigung des souveränen Volkswillens aller Orten mit Recht die lauteste Entrüstung hervorgerufen hat, und die uns den klaren Beweis liefert, daß auch in Hessen, wie anderwärts, ein Ministergewordener Renegat des Liberalismus es im Bunde mit der Camarilla ungestraft wagen darf, die Consequenzen der Revolution zu verläugnen, und daß die plumpe Lügen-Comödie des du-Thilschen Constitutionalismus unter dem Namen Jaup's wieder auf die Tagesordnung kommt.

Bürger, daß dieser absolutistische Gewaltstreich eine grobe Verhöhnung des ersten constitutionellen Grundsatzes ist, steht außer aller Frage. In einem wahrhaft constitutionellen Staate, namentlich einem solchen auf „breitester demokratischer Grundlage", wie die Herren vom vaterländischen Verein jene zwitterhafte Verfassungsmißgeburt ihrer conservativen Fortschrittspolitik getauft haben, gilt angeblich der Volkswille als höchstes Gesetz, und ein Minister muß in dem Augenblick, wo sein Einzelwille mit dem Gesammtwillen in unlösbaren Widerspruch gehört, aufhören, constitutioneller Minister zu sein. Das hessische Volk hatte in zahllosen Versammlungen und zahllosen Adressen Auflösung der beiden Kammern und Einberufung einer constituirenden Versammlung verlangt: — Herr Jaup hat diese unterschriebenen Papierbogen unberücksichtigt ad acta gelegt und die Deputationen mit leeren Worten abgespeis't. Wir konnten am Ende keinen besseren Erfolg erwarten, denn es ist das der alte Cabinetsstyl, der auch neuerdings nicht außer Gebrauch zu kommen scheint. Aber noch mehr. Die Majorität unserer „verfassungsmäßigen" Vertreter in der zweiten Kammer, die bereits früher einen ähnlichen Beschluß gefaßt hatte, verlangt auf's Neue schleunigste Vorlage eines Wahlgesetzes und darauf hin die sofortige Auflösung: — Dies ließ uns hoffen, daß Herr Minister Jaup, der diese Frage selbst zur Kabinetsfrage gemacht, der selbst kurz zuvor ausdrücklich erklärt hatte, er werde nur mit der Mehrheit der Kammer regieren, ja der sogar die Stirne gehabt hatte,

Digitized by Google

derſelben Kammer wegen ihres angeblich volksthümlichen Haltung den „Dank des ganzen Landes" zu votiren, es ließ uns hoffen, daß dieſer Herr Jaup entweder ſoviel Klugheit beſitzen würde, ſeine Privatmeinung dem Willen der Kammer unterzuordnen und mit möglichſtem Anſtand gute Miene zum böſen Spiel zu machen, oder doch ſo viel Ehrgefühl, um augenblicklich zurückzutreten. Freilich, Herr Jaup weiß zu gut, wie viel ſauren Schweiß es ihn gekoſtet hat, das Portefeuille endlich zu erſchnappen, als daß er es ſo leichten Kaufs wieder aus den Händen geben ſollte. Was thut dieſer Mann? Unmittelbar nach erſtattetem Ausſchußbericht tritt er in den Ständeſaal, und ehe noch die Diskuſſion beginnt, ehe die Kammer alſo die erwartete Gelegenheit hat, ihre Antwort auf die geſtellte Kabinetsfrage zu geben, erklärt der Herr Miniſter mit beiſpielloſer Kaltblütigkeit, er habe nur die verſchiedenen Reden alle geduldig mit angehört, übrigens ſei er noch immer ſeiner alten Meinung, daß es beſſer ſei, wenn die Herren ohne ein Wahlgeſetz nach Hauſe gingen. Nach dieſen Worten thut er mit einem lächelnden Blick auf die verblüfften Geſichter des Herrn Lehne und ſeiner geprellten Collegen einen „kühnen Griff" in die Taſche und lieſt: „Wir Ludwig von Gottes Gnaden haben uns bewogen gefunden, in Anbetracht ꝛc. unſere lieben und getreuen Stände ꝛc. einſtweilen zu vertagen."

Bürger! Wenn ein ſolches Verfahren nicht in conſtitutionell iſt dann allerdings liegt das ſog enannte conſtitutionelle Princip in de ſouveränen Allmacht des miniſteriellen Privatwillens. Herr Jaup hat ſich ſelbſt dadurch das Urtheil geſprochen, daß er, um ſeinen Kabinetsſtreich einigermaßen plauſibel zu machen, zu der charakteriſtiſchen Ausflucht einer plumpen Lüge greifen mußte, zu der naiven Behauptung nämlich, daß die Mehrzahl der Kammermitglieder die Vertagung wünſche, um in den Schooß ihrer Familien zurückkehren zu können, eine Behauptung, die ſchon am folgenden Tage durch die geharniſchte Erklärung von 14 Deputirten auf's Entſchiedenſte zurückgewieſen wurde. Sogar die rheiniſche Zeitung in Mainz, das anerkannte Organ der conſtitutionellen Partei, räumt ausdrücklich ein, daß jene Maßregel ein Verſtoß gegen das

Digitized by Google

konstitutionelle Princip sey; aber sie spricht die Hoffnung aus, man werde Herrn Jaup, in Anbetracht der Verhältnisse, eine Indemnitäts-Bill votiren, ohne zu bedenken, daß eine solche Indemnitätsbill nur für den Fall gegeben werden kann, wo der Minister außer Stand ist, den Rath der Kammer einzuholen und schließlich beschwört sie ihre Abonnenten mit einem naiven Stoßseufzer, man möge doch um Gotteswillen von dieser Sache nicht so viel Aufhebens machen, um dem Herrn Jaup seine ohnehin so schwierige Stellung nicht noch mehr zu erschweren. Ja, in dem hyperloyalen „vaterländischen" Verein der kornblumenblauen Residenz Darmstadt mußte der Herr Justizrath Karl Buchner, der Freund Jaup's und weiland hessische Gervinus des weiland „rheinischen Volksblattes", öffentlich zugestehen, daß jener Schritt unconstitutionell sei und — kaum glaublich — selbst ein Advokat Metz, der sich Zitz gegenüber als der Agitator der stahlbrüllenden Lazzaronis aus der Bangartsgasse auf der Tribüne zu Kranichstein so traurige Lorbeeren gesammelt hatte, dieser Herr verstieg sich noch so weit, das Urtheil Buchners als „zu zahm" zu finden und die Kammervertagung nicht für einen Staatsstreich, sondern fur einen „Staatsschlich" zu erklären — eine ministerielle Blasphemie, die natürlich unter den großherzoglich-hessischen Hofraths-, Kammerdiener-, Hoflichterputzer- und Hofgerichtssecretariats-Acceßisten-Seelen der Residenz einen Sturm unterthänigster Entrüstung hervorrief.

Bürger! Sie sehen, Herr Jaup wird von den ehrlichen Mitgliedern seiner eignen Partei desavouirt, und Sie werden mir Recht geben, wenn ich behaupte: seit dem 6. August hat Herr Jaup aufgehört, constitutioneller Minister zu sein, er hat von da an die Verwaltung des Landes nur noch in Händen als die Privatperson Jaup, kraft der einseitigen und somit ungültigen Ernennung durch Ludwig III. der sich nennt „von Gottes Gnaden", und im erklärten Widerspruche mit dem souveränen Willen des hessischen Volkes. Es ist darum die heiligste Pflicht aller Patrioten, gegen die Fortdauer der verfassungswidrigen Amtsthätigkeit dieses Privatmannes Jaup laut und energisch zu protestiren.

Digitized by Google

Freilich haben unsere sattsam bekannten „vaterländischen Eiopopeio-Vereine, deren politisches Glaubensbekenntniß auf dem Polizeibüreau gestempelt ist für ihren hohen Gönner und Gesinnungsgenossen Jaup neuerdings ein allarmirendes Zetergeschrei durch alle Städte und Dörfer Zeitungen, Kreis-, Wochen- und Winkelblätter des Großherzogthums ertönen lassen, und man weiß in der That nicht soll man mehr in sittliche Indignation gerathen über den niederträchtigen Beamten-Servilismus, womit diese ministeriellen Speichellecker auch hier wieder die offiziellen Advokaten unverantwortlicher Regierungsbillkür abgeben, oder soll man nur lachen über die kolossale Naivität, womit sie diesmal die ekelerregende Blöße ihrer eigenen Gesinnung oder vielmehr Gesinnungslosigkeit selbst an den Pranger gestellt haben. Vor allen ist es der würdige Chorführer der oberhessischen Dunkelmänner und Vertrauensadressanten der sich in dieser Frage mit wahrer Todesverachtung für seinen „höchstpreislichen" Protektor blamirt hat: der hiesige „vaterländische, constitutionell-monarchisch-demokratische, volksthümliche, nur nicht republikanische" ꝛc Verein, dessen Statuten bekanntlich der Herr Minister Jaup selbst durch ein mit hocheigner Handentworfenes, herablassendes Belobungsschreiben gnädigst zu sanktioniren geruht hat, und aus dessen allmonatlich kreisendem Schooße jene berüchtigten löschpapierenen Traktätchen und infamen Polizeidiener-Denunciationen hervorgehen. Dies saubere Conventikel politischer Betschwestern hat zuerst wieder den alten Vertrauenshymnus angestimmt, und seine würdige Filial-Gemeinde zu Friedberg, sowie der „vaterländische" Verein der Residenz haben die offizielle Litanei mit loyaler Inbrunst nachgeplärt. Die Taktik dieser Leute besteht bekanntlich darin, die gerechte Entrüstung des hessischen Volkes über den Jaupschen Gewaltstreich als das zweideutige Resultat der „künstlichen Agitation" etlicher republikanischen Wühler zu verschreien, und die Hände im Schooß, vertrauensvoll abzuwarten bis ihnen die gebratenen Tauben aus der Küche Sankt Jaups in das Maul flattern. Sie werden mir es erlassen, die jämmerlichen Nothlügen der ministeriellen Sophistik eines Dr. Lanz, F. Fischer, Rosenberg und andrer Matadoren der „vaterländischen„ Heuler-Sippschaft hier ausführlich zu beleuchten;

Digitized by Google

es wäre dies eine Versündigung an Ihrer Geduld und eine Injurie für Ihren gesunden Menschenverstand. Indessen erlaube ich mir, als besonders charakteristisch für diese unbedingte Vertrauens-Logik die beiden Haupt-Argumente zur Rechtfertigung der Jaup'schen Kammer-Vertagung flüchtig hervorzuheben.

Man hat gesagt, jene Majorität von 23 Abgeordneten sei eigentlich ohne alle Bedeutung, weil ja nach unserem Geständniß die ganze, aus einem verwerflichen Wahlgesetz hervorgegangene Kammer den Volkswillen nicht vertrete. In der That,

wär' der Gedanke nicht so herzlich dumm,
man wär' versucht, ihn recht gescheidt zu nennen.

Wir kehren jenes Argument um und sagen: wenn sogar die Majorität dieser aus privilegirten du-Thil'schen Wahlen hervorgegangenen Kammer, trotz des großartigen Compliments, was ihr Herr Jaup zuvor gemacht hat, von der gegen die Fortsetzung ihrer Thätigkeit protestirenden öffentlichen Meinung zum zweiten Mal dazu getrieben wird, sich mit eigenem Munde des Vertrauens ihrer Mitbürger für verlustig zu erklären und auf ihre Auflösung anzutragen, dann allerdings findet man keinen parlamentarischen Ausdruck für die Rücksichtslosigkeit eines sogenannten „constitutionellen" Ministers, der sogar dies bedeutungsvolle Votum, dies von Neuem über sich selbst gefällte moralische Todesurtheil der Kammer vollständig ignorirt. Gerade dies hätte, denk' ich, ein Grund mehr für Herrn Jaup sein sollen, diese Kammer, auch ohne daß sie es selber verlangte, sofort aufzulösen und eine neue an seine Seite zu rufen, die als der wahre Ausdruck des Volkswillens gelten konnte, während er es statt dessen jetzt in seinem Privat-Interesse vorzieht, mit den verrotteten Institutionen des gestürzten Systems ungestört fortzuregieren. Freilich suchen ihn seine „vaterländischen" Sekundanten ziemlich kleinlaut damit zu entschuldigen, „daß er ja nur noch ein einziges Geschäft mit dieser Kammer abmachen wolle, nämlich ein freisinniges Wahlgesetz"! Aber abgesehen davon, ob ein „freisinniges" Wahlgesetz wirklich in der Absicht des Herrn Jaup liegt oder überhaupt auf diesem Wege zu Stande gebracht werden kann,

Digitized by Google

wissen wir ja Alle, daß er diese Kammer, die ihren Bankerott in der öffentlichen Meinung selbst proklamiren mußte, auch noch dazu benutzen will, um sich für nächstes Jahr die Steuern dekretiren zu lassen.

Außerdem vertheidigen die Herrn Jaupianer „von Amtswegen" ihren Patron durch den nicht minder erbärmlichen Nothbehelf, daß sie sagen: „auch ohne die verlangte Kammerauflösung geschieht ja „die materielle Berufung an's Volk nichtsdestoweniger; wir haben „ja das Petitionsrecht, und das Volk besitzt also die gesetzlichen „Mittel, das Ministerium nachträglich zu desavouiren, oder ihm seine Zustimmung zu erkennen zu geben". Bürger! das hessische Volk hat schon vorher dem Minister Jaup laut und verständlich genug zugerufen, was es will, um eine nochmalige indirekte Appellation an sein Urtheil mehr als überflüssig zu machen. Ich erinnere Sie an die Aktenstöße von Petitionen und Adressen, die aus allen 3 Provinzen in dieser Frage nach Darmstadt abgegangen sind. Ich erinnere Sie an die großen Volksversammlungen in Kranichstein, Worms, Ober-Ingelheim u. s. w., vor allen an die in unserer Provinz zu Petterweil, Melbach, Gießen, am Hessenbrücker Hammer, in Allendorf, Biedenkopf, Nieder-Morstadt, Friedberg und an andern Orten. Ueberall erklang von der Tribüne und aus dem Munde des Volkes der einstimmige Ruf durch das ganze Land: „Auflösung der Kammern und Zusammenberufung einer constituirenden Versammlung durch direkte Wahlen!" Ich denke, diese Erklärungen waren genügend, um Herrn Jaup und seine Freunde über die Stimmung des Landes zu unterrichten, und es wird den Männern des „vaterländischen Vereins" diesseits und jenseits nicht gelingen, durch das Unterschieben ihrer Vertrauensadressen die öffentliche Meinung nachträglich zu verfälschen. —

Bürger! Nach diesen Auseinandersetzungen habe ich wohl noch kaum nöthig, Ihnen die auf flacher Hand liegenden Gründe für die Nothwendigkeit des baldigen Zusammentritts eines constituirenden Landtags näher zu erörtern. Sie alle werden von vornherein darin mit mir übereinstimmen, daß die von der Regierung

Digitized by Google

längst zugesagte und durch die Verhältnisse ohnehin unabweisbar gewordene zeitgemäße Revision unserer durchlöcherten Verfassung, die nunmehr auf der vielberufenen „breiten Basis" der Volkssouveränität von Grund aus neu gestaltet werden muß, nur einer aus allgemeiner direkter Volkswahl hervorgegangenen Versammlung überlassen werden darf, daß nur eine ungesäumt an die Stelle unserer auf dem Privileg des Geldsacks und der Geburt basirten Kammern tretende neue und unverfälschte Volksvertretung im Stande ist, der vielbeklagten Halbheit und Unsicherheit unserer öffentlichen Zustände ein Ende zu machen und die immer kecker hervortretenden Reaktionsgelüste unserer Prinz-Emil'schen Hofkamarilla und des mitverschworenen Ministeriums Jaup energisch niederzudrücken.

Freilich schreien unsere stets auf dem sogenannten „gesetzlichen Boden" herumtrampelnden Vaterlandsmänner, dieser Schritt sei „revolutionär", und unsere Verfassung könne nur auf dem „verfassungsmäßigen" Weg, d. h. auf dem althergebrachten Schneckengang der Regierungsproposition, Berichterstattung, Diskussion und Abstimmung in unseren verrotteten beiden Kammern umgeändert werden, und was dergleichen „verfassungsmäßige" Redensarten mehr sind, deren völlige Absurdität auf flacher Hand liegt. Diese Leute von der „breiten Basis" begreifen gar nicht oder wollen nicht begreifen, daß in unserer Zeit, wo die Regierungen selbst nach dem Beispiel des Vorparlaments und der Nationalversammlung revolutionär geworden sind, nur durch eine „revolutionäre" Maßregel, nur durch einen „kühnen Griff", um diese abgenutzte Phrase des „edlen" Gagern zu gebrauchen, der unheilvolle Widerstreit zwischen den antiquirten metternich-du-Thil'schen Institutionen und den gebieterischen Forderungen der Neuzeit gelöst werden kann. Nicht durch die Berufung einer zweiten Kammer nach einem neuen Wahlgesetz wird dieser Kampf des alten und neuen Systems geschlichtet; nein, gerade durch das Nebeneinanderstehen einer wahren Volkskammer und einer Adelskammer würde er nur um so heftiger entbrennen. Denn unsere erste Kammer, die bisher unter dem würdigen Präsidium eines Prinzen Emil und des erlauchten

Digitized by Google

Grafen von Laubach der Politik du-Thils noch nach ihrem Sturze gehuldigt hat, würde trotz dem bekannten Beschlusse der National-Versammlung, der die Privilegien des Adels und folglich auch die Rechtsbeständigkeit unserer ersten Kammer aufhebt, nach, wie vor, so lange jener Beschluß noch keine Gesetzeskraft hat, bei der Umgestaltung unserer Verfassung thätig sein, und es versteht sich von selbst, daß diese ysenburg-, solms-, görz-, erbach-, riedesel'schen Prinzen und Krautjunker, die Nichts gelernt und Nichts vergessen haben und bisher mit aristokratischer Impertinenz der öffentlichen Meinung ihre Glacé-Handschuhe in's Gesicht schleuderten, jeden energischen Beschluß unserer zweiten Kammer durch ihr hartnäckiges Veto zu nichte machen würden. Ohne Zweifel würde diese erfolglose parlamentarische Katzbalgerei zwischen den Vertretern des Volkes und der Aristokratie über kurz oder lang zu dem unvermeidlichen Resultate führen, daß die zweite Kammer selbst ihre Auflösung und die Berufung einer constituirenden Versammlung beantragte, wenn nicht inzwischen das alte System wieder soweit zur Herrschaft gelangt ist, um ein solches Verlangen vollständig zu ignoriren.

Dringen wir darum jetzt auf die Berufung der hessischen Constituante, so geschieht dies in der festen und wohlbegründeten Ueberzeugung, daß dieselbe nur noch *in diesen Tagen* erlangt werden kann, in der gerechten Befürchtung, daß bald, wenn die stets giftiger züngelnde Königsschlange dynastischer Reaktion den selbstbewußt sich erhebenden Volkskörper mit ihren tödtlichen Ringen völlig umschlungen hält, unserm Verlangen das verhängnißvolle „Allzuspät!" zur Antwort werden wird. „Noch", so rief uns darum mit Recht die Mainzer Zeitung zu, „noch liegen jene Tage nicht so fern hinter uns, wo die Vertreter der deutschen „Nation nach Frankfurt zogen, um daselbst im Namen der Volks-„souveränität die allgemeine Verfassung zu berathen. Unter dem „Einflusse dieser moralischen Macht", während noch die Debatten der Paulskirche frisch durch die schwüle Luft unserer Ständesäle und Cabinette tönen, „müssen wir unsere Zustände ordnen; was „nicht *jetzt*", wo der Volkswille noch souveräner Anmaßung und

Digitized by Google

miniſterieller Willkühr gerüſtet gegenüberſteht, „was nicht jetzt von dem alten Syſtem mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird, das wird zum Verderben des Volkes und als Handhabe der Camarilla für lange Zeit beſtehen bleiben", und das wird die Schuld jener zwitterhaften Vermittlungs- und Vertrauensmänner ſein, die ſich heute mit halben Maßregeln begnügen wollen. Darum ſollen ſich heute alle politiſchen Parteien Heſſens, mögen ſie nun die Republik oder die conſtitutionelle Monarchie an der Spitze ihres Glaubensbekenntniſſes führen, darum ſollen ſich alle wahren Patrioten im wohlverſtandenen Intereſſe der Geſammtheit brüderlich die Hand reichen und „dem durch Herrn Jaup verkündeten Syſtem eines unbeſtimmten Aufſchubs der Verwirklichung der „Märzverſprechungen das einſtimmige Verlangen einer unmittelbaren, vollſtändigen Erfüllung durch Berufung eines conſtituirenden Landtags entgegenſtellen". —

Bürger! Die ſogenannten Gründe, die von anderer Seite gegen dies Verlangen vorgebracht und in zahlloſen gedruckten Wiſchen unter der Firma der „vaterländiſchen" Vereine breitgedroſchen worden ſind, werden Ihnen wohl hinlänglich bekannt ſein. Erlauben Sie mir, hier nur die weſentlichſten derſelben zu beleuchten, und Sie werden aus deren naiver Armſeligkeit einen Schluß auf die zweideutige Vertrauenspolitik jener Partei ziehen können, die zu Allem, was ihr Patron St. Jaup ſagt, in einſtimmigem Chorus ein gläubiges Amen! plärrt. Wenn ich hier für einige Augenblicke den von einem Karl Lanz und Conſorten hingeworfenen Handſchuh aufnehme, ſo thue ich dies nicht, um mit dieſen Leuten zu kämpfen; denn ſie ſind unwürdige Gegner. Ich thue dies nur, um jener ganzen Partei zu zeigen, wie ſtumpf die Waffen ihrer literariſchen Kämpen an uns abprallen, wie die aus jämmerlichen Sophismen zuſammengedrehte Schlinge, die ſie uns nachwerfen, ſich um ihren eigenen Nacken zieht und die ſelbſtmörderiſche Logik ihrer politiſchen Kapuzinaden ſich darin zu Tode zappelt. Das Haupt-Argument, was zum Theil Herr Jaup ſelbſt zu ſeiner Rechtfertigung benutzte, und was von ſeinen dienſtfertigen Sekundanten jedesmal mit vollen Backen ausposaunt wird, iſt dies: die Zu-

Digitized by Google

sammenberufung eines constituirenden hessischen Landtags in diesem Augenblick sei „Ungehorsam gegen die hohe National-Versammlung zu Frankfurt", deren Beschlüsse wir vorerst geduldig „abwarten" müßten, um unsere Landesverfassung nach ihren Grundzügen zu regeln; dadurch würden viele „unnöthige Erörterungen abgeschnitten und große Kosten erspart"; die Zwischenzeit könne dazu benutzt werden, um die nöthigen Vorarbeiten für die neue Verfassung zu Stande zu bringen, jene Frist könne „unmöglich länger, als höchstens noch ein paar Monate", dauern, und inzwischen „drücke uns der Schuh gar nicht so arg mehr" u. s. w.

Bürger! Man hat uns Republikanern häufig den Vorwurf gemacht und macht ihn uns in dieser Frage von Neuem, als weigerten wir uns, die gesetzliche Autorität jener Herren anzuerkennen, die in der Paulskirche zu Frankfurt unter dem Präsidium des „edlen" Gagern Reden halten und sich die „constituirende National-Versammlung" nennen. Allerdings müssen wir zu unserm eigenen Bedauern behaupten, daß die unter dem Einflusse der Regierungen aus indirekten Wahlen hervorgegangene Majorität dieser sogenannten National-Versammlung, die in der That nach dem Calembourg Karl Grün's immer mehr zu einer „National-Verrammlung" wird, den Willen des deutschen Volkes nicht vertritt, allerdings protestiren wir nach, wie vor, kraft des uns zustehenden Rechts der freien Meinungsäußerung gegen die reaktionären Beschlüsse dieser von Bassermann, Mathy, Vincke, Schmerling, Radowitz und Consorten kommandirten Majorität; aber, obschon wir uns ausdrücklich das Recht vorbehalten, unsere dermalen nur durch die Minorität vertretene politische Ansicht auf dem Wege der Ueberzeugung zur Geltung zu bringen, und obschon wir wissen, daß über kurz oder lang die plumpe Nothlüge der constitutionellen Monarchie durch die allein vernunftgemäße Wahrheit der demokratischen Republik verdrängt werden wird: so halten wir es doch unter den jetzigen Verhältnissen für die heiligste Pflicht eines jeden Patrioten ohne Unterschied der Partei, die Autorität der National-Versammlung als der allein gesetzlichen höchsten Behörde für ganz

Digitized by Google

Deutschland, deren Beschlüsse für Fürsten und Völker in gleicher Weise bindend sein müssen, gegen den Sonderbund partikularistischer Reaktion aufrecht zu erhalten. Dies ist unser ehrliches Glaubensbekenntniß, und wenn wir jetzt neben der National-Versammlung einen constituirenden Landtag für unser engeres Vaterland fordern, so geschieht dies in der Ueberzeugung, daß beide gleichzeitig nebeneinander bestehen können, ohne daß die in der Paulskirche zu Frankfurt tagende Einheit Deutschlands durch die Beschlüsse des Darmstädter Ständesaals im Geringsten gefährdet wird.

Bürger! Als seiner Zeit die deutschen Regierungen befürchteten, die National-Versammlung möge das Sonder-Interesse der Dynastieen dem Gesammt-Interesse des Volkes opfern und die Folio- und Duodez-Souveränitäten unserer drei Dutzend Majestäten, Hoheiten und Durchlauchten in Bausch und Bogen mediatisiren, da erhoben alle Anhänger der constitutionellen Monarchie ein gewaltiges Zetergeschrei. „Natürlich unbeschadet der Souveränität der Einzelstaaten! Was hindert es denn, wenn zugleich auch im eigenen Hause aufgeräumt wird! Es muß jedem Staat überlassen bleiben, seine specielle Landesverfassung selbstständig festzustellen". Das klang uns damals als der einstimmige Refrain jener Partei von allen Seiten in die Ohren. Damals forderte bekanntlich Preussen die übrigen deutschen Regierungen direkt auf, zur Bildung eines wirksamen „Gegengewichts gegen die National-Versammlung" gleichzeitig in allen Einzelstaaten constituirende Ständeversammlungen zusammenzuberufen, ein Plan, den die Ehrlichkeit eines sächsischen Ministers dem Abgeordneten Blum enthüllte, und dessen königlich preußische Ausführung in Berlin den auf Raveaux's Antrag gefaßten Beschluß zur Folge hatte, daß die Verfassungen der Einzelstaaten mit den Beschlüssen der Frankfurter National-Versammlung in Einklang zu bringen seien. Auch wir Republikaner haben diesen Beschluß, durch den die National-Versammlung ihre bereits auf Soiron's Antrag vom Vorparlament proklamirte Souveränität ausdrücklich zum Gesetz erhob, im Interesse der durch fürstlichen Partikularismus bedrohten Einheit Deutschlands mit Freuden begrüßt. — Inzwischen

Digitized by Google

freilich hat sich der Stand der Dinge bedeutend verändert. Die seit dem berüchtigten Lepel'schen Promemoria immer kecker ihr Haupt erhebende dynastische Reaktion hat sich seitdem zu einer förmlichen Contrerevolution organisirt, und wir sehen, daß von den Hofräthen, Professoren, Büreaukraten, Pfaffen und Aristokraten der Paulskirche die als glorreiche Errungenschaft der Märztage proklamirte Souveränität der deutschen Nation an die noch immer nicht gebrochene Gottesgnaden-Souveränität der einzelnen Dynastieen schamlos verrathen wird. Jetzt haben dieselben Leute, die sich ehedem gegen die Autorität der National-Versammlung sträubten, ihre Parole gewechselt; jetzt rufen sie auf einmal: „die einzelnen Landesverfassungen müssen der Reichsverfassung weichen! Die Berufung constituirender Landtage in den Einzelstaaten ist eine Rebellion gegen die National-Versammlung". Die wahren Motive dieses plötzlichen Fahnenwechsels liegen auf flacher Hand.

Bürger! die National-Versammlung selbst hat bis jetzt noch jedesmal, wo das in den Einzelstaaten mißhandelte Volk in letzter Instanz an ihre Intervention appellirte, ihre Competenz geradezu geläugnet und die unterstützenden Anträge der Linken entweder durch Tagesordnung beseitigt oder als nicht dringlich ad acta verwiesen. Ich erinnere namentlich an die denkwürdige Verhandlung über die Mainzer Metzeleien und über die badische Amnestiefrage, an die Interpellation Vogt's über die reaktionären Maßregeln süddeutscher Regierungen, an den Schoder'schen Antrag auf Verminderung der Civillisten. Alle diese Fragen wies die National-Versammlung von sich ab und überließ sie den Landesregierungen zur selbstständigen Erledigung; sie erklärte ausdrücklich nicht in das Getriebe der Einzelstaaten eingreifen zu wollen. Wir bedauern diese bundestäglichen Incompetenz-Erklärungen; wir haben selbst jene Anträge der Linken durch energische Adressen unterstützt und glauben, daß die National-Versammlung durch deren Beseitigung ihre wahre Stellung gänzlich verkannt hat. Aber jene Beschlüsse geben uns nicht allein das Recht, sondern legen uns sogar die unabweisbare Pflicht auf, die Leitung unserer inneren Angelegen-

Digitized by Google

heiten ungesäumt in unsere eigne Hand zu nehmen, und wenn wir demzufolge selbstthätig in unsern Einzelstaaten handeln wollen, wenn wir zur unverweilten und durchgreifenden Regelung unsrer verworrenen Zustände die Berufung eines constituirenden Landtags verlangen, da schreit jene lügnerische Partei über Partikularismus, da denunzirt sie uns als Rebellen gegen die National-Versammlung!

Bürger! Wir haben stets behauptet, daß, wie in dem Staatenbunde der nordamerikanischen Gesammtrepublik, so auch bei uns das innere Leben der einzelnen Staaten sich selbstständig entwikeln dürfe, so lange dadurch nicht das allgemeine Grundprinzip der Einheit Deutschlands in Frage gestellt werde. Wir behaupten dasselbe noch heute, obschon wir auf der andern Seite bereit sind, die National-Versammlung und ihre Exekutiv-Behörde, die Central-Gewalt, gegen die rebellische Sonderbündelei der Regierungen mit Gut und Blut zu unterstützen. Aber wir müssen auch entschieden die falsche Interpretation des Raveaux'schen Beschlusses zurückweisen, die von der hessischen Regierungspartei in dieser Frage uns gegenüber adoptirt wird. Der Sinn jenes Beschlusses ist ohne Zweifel folgender: Die National-Versammlung zu Frankfurt gibt in den aus ihrer Mitte hervorgehenden und für ganz Deutschland unbedingte Gesetzeskraft habenden „Grundrechten des deutschen Volkes" nur das Minimum, d. h. das geringste Maß bürgerlicher und politischer Freiheit, das unter allen 38 Nationen des Herrn von Vincke und unter allen Verhältnissen anerkannt werden muß, und hinter dessen Grundprinzipien keine Verfassung irgend eines Einzelstaats zurückbleiben darf. Dagegen versteht es sich unter dieser Voraussetzung auf der andern Seite ganz von selbst, daß es den einzelnen Staaten unbenommen bleibt, in ihren besonderen Landesverfassungen über jenes Minimum der Frankfurter Beschlüsse hinauszugehen, d. h. ihren Angehörigen ein größeres Maß bürgerlicher und politischer Rechte zu garantiren, als deren die National-Versammlung für die Gesammtheit festgestellt hat, und dazu, Bürger, bedarf es begreiflicher Weise keines besonderen Radikalismus. Wenn z. B. der Wiener Reichstag den bekannten Antrag Kublich's auf unbedingte Aufhebung aller Feudal-

Digitized by Google

Lasten ohne Entschädigung annimmt,*) so wird dieser Beschluß für die österreichischen Staaten vollkommen in Kraft bleiben, wenn auch die Frankfurter National-Versammlung nur die Ablösung der Feudal-Lasten dekretiren sollte. Dagegen müßte alsdann mindestens der letztere Grundsatz in allen einzelnen Staaten adoptirt werden. Wenn der constituirende Landtag zu Dessau nicht allein die Abschaffung der Adelsprivilegien, sondern auch der Adelstitel beschließt, so wird es fernerhin in den anhaltischen Herzogthümern keine Fürsten, Grafen, Freiherrn, Barone und Ritter mehr geben, obschon die Frankfurter National-Versammlung dem Adel leider Gottes! seine Tittel und Wappen noch gelassen hat, und es ist dies ein Vorzug um den die übrigen 37 Deutschländer das kleine Anhalt zu beneiden Ursache haben. Dagegen wird in Folge des letztern Beschlusses, falls er bei der zweiten Abstimmung bestätigt wird, der Adel in allen deutschen Staaten mindestens das Recht der Standschaft, der eignen Gerichtsbarkeit und das ganze schweinslederne Register seiner traurigen Stammbaums-Privilegien verlieren. Bürger! Auch wir dürfen sicherlich erwarten, daß unser constituirender Landtag hinter der Frankfurter National-Versammlung in keiner Frage zurück bleiben wird. Dafür bürgt uns der entschieden demokratische Sinn der Majorität des hessischen Volkes, der sich seither weder durch die Ministerproklamation vom 6ten Juli, noch durch die unabläßigen Vertrauenspredigten des Herrn Jaup und seiner „vaterländischen" Leibwache einschläfern ließ, der sich früher schon, mit wenigen Ausnahmen, in dem bekannten Resultate der Parlamentswahlen bekundete und diesmal gewiß nur Männer von erprobter Gesinnungstüchtigkeit als seine Repräsentanten für das neue Verfassungswerk nach Darmstadt entsenden wird. Diese Männer werden mit sicherer Hand und entschlossenem Sinn jede doktrinäre Capitulation mit dem sogenannten „Rechtsboden" verjährter Willkühr von sich weisend, den du Thil'schen Augiasstall unsrer politischen Zustände säubern, und diejenigen Resultate ihrer Thätigkeit, welche das geringste Maß der Frankfurter Grundrechte

*) Dieser Antrag ist inzwischen leider! durchgefallen.

Digitized by Google

hinter sich lassen, sie werden unser reiner Gewinn sein und unser hessisches Vaterland dem kleinen Dessau würdig zur Seite stellen. Es ist darum eine wahrhaft klassische Naivität, wenn die Herren vom „vaterländischen Verein" in ihrem Aufrufe an die „Mitbürger in Oberhessen" schwarz auf weiß bemerken: Herr Jaup wolle deßhalb jetzt keinen constituirenden Landtag für Hessen, „weil er offenbar nicht weiter gehen wolle, als die National-Versammlung selbst gehen werde, um nicht später wieder zurückgehen zu müssen, was doch einen üblen Schein auf die National-Versammlung werfen könnte. In der That, dieses Argument klingt fast, wie ein mißrathner Witz, wie eine bittere Ironie auf die National-Versammlung! Also, um jene etwas mysteriös lautende Andeutung in populäres deutsch zu übersetzen, wenn es unser constituirender hessischer Landtag in einzelnen Fragen besser macht, als die National-Versammlung, — und schlechter wird er es wohl bei bestem Willen nicht machen können, — so muß er es nachträglich wieder schlechter machen, aus bloßer Artigkeit gegen die Frankfurter National-Versammlung, um ihr die Schaam darüber zu ersparen, daß sie es eben so gut hätte machen können. Ich denke, Bürger, dies kleine Pröbchen „vaterländischer" Logik wird Ihnen genügen und mich der Mühe überheben, Ihnen zur Erörterung dieser Frage weitere klassische Stellen aus der Schrift des Herrn Karl Lanz und andern Sudeleien dieses Gelichters zu citiren. —

Was die Zeitfrage anbelangt, so suchen uns jene Leute darauf zu vertrösten, daß ja die Beendigung der Reichsverfassung zu Frankfurt „höchstens noch etliche Monate" anstehe, und ein paar lumpige Monate, meinen sie, würden wir uns hoffentlich noch gedulden können. Ich brauche wohl kaum zu sagen, daß diese Frist viel zu kurz gegriffen ist; denn wir kennen alle sattsam den jammervollen Schlendrian der Frankfurter Verhandlungen, die sich eben noch um Artikel III. der Grundrechte bewegen. Herr Lanz entblödet sich nicht, zu behaupten, daß hauptsächlich durch die „Interpellationen und vielfältigen Hemmungen von Seiten der unzufriedenen Minorität" die Vollendung

Digitized by Google

der Grundrechte weit hinausgeschoben werde. Wahrlich, ich weiß kaum, ob eine so handgreifliche, schamlose Lüge die Ehre einer Erwiederung verdient. Die Jugend, die mir von jener Seite so oft vorgeworfen wird, sie ist Schuld daran, wenn mir bei einer so bodenlosen Erbärmlichkeit das Blut in's Gesicht steigt, und ich gegen einen Lanz und seine Gesinnungsgenossen, diese geschichtliche Falschmünzerbande, nur ein Pfui! sittlicher Entrüstung zur Antwort habe. Wenn die Männer der Linken, wenn ein Zitz, Vogt, Simon u. A. durch ihre Interpellationen die Rechte des Volkes gegen die Uebergriffe einer brutalen Soldateska und reaktionärer Ministerien zu wahren suchten, so machen es ihnen jene Homunkeln zum Vorwurf, sie wollten absichtlich durch solche „Hemmungen" die Feststellung der Grundrechte verzögern! Bürger! Es ist eine notorische Thatsache, daß sich dieselbe Linke einstimmig bereit erklärt hat, im Interesse des raschen Vorwärtsschreitens den ganzen Entwurf der Grundrechte, wie er von dem fast aus lauter Mitgliedern der Majorität gebildeten Ausschuß vorgelegt wurde, sofort in Bausch und Bogen anzunehmen. Die Majorität aber wies jenes Anerbieten zurück und setzte dagegen den bekannten Antrag Bassermann's durch, daß über die Grundrechte zwei Mal abgestimmt werden solle, unverkennbar in der Absicht, inzwischen bei den Regierungen Instruktionen einzuholen und unter dem Deckmantel der Gründlichkeit so lange zu temporisiren, bis das erste Feuer der allgemeinen Volkserhebung verraucht ist oder gar allenfallsige Ereignisse die begonnene Feststellung der Volksrechte ganz unmöglich machen! Wie lange sich unter diesen Voraussetzungen der germanisch gründliche Schneckengang der gründlichen Berathung der Grundrechte noch hinziehen wird, ist leicht abzusehen, jedenfalls länger, als die Herren „Vaterländler" uns glauben machen wollen. Bekanntlich hat man ausgerechnet, daß nach Maßgabe des jetzigen Geschäftsganges die deutsche Reichsverfassung etwa im Jahre nach Christi Geburt ein tausend achthundert und ein und fünfzig oder zwei und fünfzig vollendet sein wird *), sodaß wir also

*) Die inzwischen erfolgte Annahme des Schoder'schen Antrags ändert, streng genommen und namentlich vom „vaterländischen" Gesichtspunkte aus, an

nach diesem erbaulichen Rechenexempel, dessen Facit ich kaum in Zweifel zu ziehen wage, die tröstliche Aussicht hätten, erst in drei oder vier Jahren den Zusammentritt eines constituirenden hessischen Landtags zu erleben, d. h. wenn wir bis dahin noch wirklich am Leben sind und inzwischen nicht die Herrn Parlamentsräthe in Frankfurt durch preußische Regimenter, Hecker'sche Freischaaren oder gar russische Kosaken aus der St. Paulskirche hinausgejagt worden sind! Diese kleine Zwischenpause soll nach dem Rathe des „vaterländischen Vereins" dazu benutzt werden, um die Vorarbeiten für die neue Verfassung zu Stande zu bringen. Herr Jaup würde also für dies Geschäft hinlängliche Muße haben und bis dahin wohl ungestört mit der alten Verfassung und den alten Kammern oder nöthigenfalls auch noch ohne dieselben nach seiner eigenen Jaup'schen Privatansicht das Land gouverniren, so gut es gerade gehen will! —

Ein anderer, nicht minder charakteristischer Hauptgrund, den das „vaterländische" Gelichter gegen die sofortige Berufung eines constituirenden Landtags in's Feld rücken läßt, ist merkwürdiger Weise der Kostenpunkt. Sie rechnen uns an den Fingern vor, daß, wenn jener Landtag etwa aus 85 bis 90 Mitgliedern bestände, jeder Tag dieser „nutzlosen Erörterungen", die Büreaukosten mitgezählt, dem Lande 500 Gulden kosten würde, also „mehr, als die meisten Familien bei uns Vermögen besitzen"! „Die Sorge für die Brodlosen aber sei doch gewiß weit dringender, als die Sorge für eine neue provisorische Verfassung". In der That, diese zärtliche Rücksicht, welche die Herren von der „breitesten Basis" plötzlich auf den von ihrer constitutionellen Monarchie seither so maßlos besteuerten Geldbeutel des „brodlosen" Volkes

---

dem Stand der Sache nichts, da die fraglichen Beschlüsse nur vorbehaltlich der bei der 2ten Abstimmung etwa noch getroffen werdenden Modifikationen einstweilige Gesetzeskraft haben, also um das Stichwort unserer Gegner zu gebrauchen, unter dieser ausdrücklich hervorgehobenen Voraussetzung der ganze Zustand ebenfalls nur ein „provisorischer" ist. Wir haben Gründe genug zu der Befürchtung, daß das Resultat der 2ten Abstimmung noch bei Weitem schlechter ausfallen werde, als das der ersten.

Digitized by Google

nehmen, ſie wäre wahrhaft rührend, wenn ſie nicht aus ſo verdächtiger Quelle ſtammte. Wo wart ihr denn, ihr Herren vom „vaterländiſchen Verein", als die National-Verſammlung sans façon eine Steuer von etlichen Millionen für die ſogenannte deutſche Marine votirte? Wo wart ihr, als ſie trotz des Einſpruchs der Linken die Vermehrung des ſtehenden Heeres beſchloß, gegen deſſen koſtſpieligen Fortbeſtand das ganze Volk einſtimmig proteſtirt hatte? Wo wart ihr, als die National-Verſammlung trotz des Einſpruchs der Linken ihrem Präſidenten einen monatlichen Gehalt von 2000 blanken Gulden dekretirte, damit er auf Koſten der Nation würdig „repräſentiren", d. h., die Herren Parlamentsmitglieder, Geſandten und Senatoren ſammt ihren Familien in glanzvollen Soirée's mit Thee und Champagner regaliren könne? Wo wart ihr, als der Ausſchuß beſchloß, zur Tagesordnung überzugehen über den Antrag Schoder's auf Verminderung der enormen Civilliſten (die z. B. in unſerm großherzoglich heſſiſchen Duodez-Ländchen allein 12 Procent der geſammten Staatseinnahmen betragen, während ſogar ein Louis Philipp nur 1½ Procent bezog)? Damals hat unſere Partei im Intereſſe des „brodloſen" Volkes laut und energiſch gegen dieſe fortgeſetzte Beſteuerung proteſtirt. Ihr aber, ihr ſchwiegt, obgleich ihr ſonſt bei jeder Gelegenheit die Adreſſen und Erklärungen dutzendweiſe aus den Aermeln ſchüttelt, und alle Die, welche die Sache des hungerden Proletariats verfochten, jener verwahrloſten Klaſſe ſocialer Paria's, die die Zeche der „deutſchen Einheit" mitbezahlen ſollen, während ihr alter Hülferuf: „panem, non Circenses!" ungeſäumt in den Räumen der Paulskirche verhallt, ihr verſchriet ſie mit gewaltigem Zeter als „Plünderer und Communiſten"! Und jetzt o der Humanität! jetzt werdet ihr auf einmal ſocialiſtiſch und haltet den „brodloſen" Familien die Koſtentabelle des conſtituirenden Landtags in's Geſicht! Aber das Volk wird ſich durch euere Redensarten nicht täuſchen laſſen. Warum berechnet ihr nicht die ungeheuren Koſten unſerer ſeitherigen Staatsverwaltung, die enormen Summen, welche alljährlich für die Civilliſte von der großherzoglichen Hofhaltung mit ihrem ſchmarotzenden Eunuchenperſonal verſchlungen werden? Warum vor Allem

Digitized by Google

fangt ihr nicht lieber an euch selbst an und legt einen Theil eurer hohen Besoldungen zum Besten der „Brodlosen" auf den Altar des Vaterlandes? Auch wir verlieren die von euch affectirte „Sorge für die Brodlosen" nicht aus dem Auge, und gerade aus diesem Grunde dringen wir um so mehr auf die unverweilte Berufung des constituirenden Landtags. Dieser wird durch Anordnung weiser Ersparungen im Staatshaushalt rascher und durchgreifender, als Herr Jaup und die alten Kammern, zur Erleichterung der drückenden Steuerlast beitragen, er wird die Civilliste und das kostspielige Beamtenheer vermindern, er wird auch eure Besoldungen und Pensionen beschneiden, er wird nicht länger dulden, daß man einen du-Thil und seine weiland ministerial- und kreisräthlichen Helfershelfer auf Staatskosten füttert, er wird die Lage der arbeitenden Classe verbessern — alles dies wird er thun und noch mehr, denn der gesunde Sinn des hessischen Volkes wird das nächste Mal Männer wählen, die seine verwahrlos'ten Interessen kennen und energisch vertreten — und ich denke, diese „Erörterungen", die ihr allerdings „unnöthige" nennt und zu denen ihr freilich lange Gesichter machen werdet, sie werden die Diäten und Büreaukosten von 500 fl. täglich bei Weitem aufwiegen. —

Schließlich bringen unsere „vaterländischen" Gegner noch mit besonderem Pathos und gesperrter Schrift ein Argument, dessen wir uns gewiß von dieser Seite am allerwenigsten versehen hätten. Sie machen uns nämlich darauf aufmerksam, daß „von der National-Versammlung, wie gar nicht unwahrscheinlich sei, Gebietsveränderungen beliebt werden könnten; in diesem Falle wäre die Verfassung, die wir jetzt schon durch den constituirenden Landtag (provisorisch) machen ließen, eine solche, zu welcher die Bevölkerung dieser neuen Landestheile nicht mitgesprochen hätte. Dies Recht hätte sie aber und würde es sich auch nicht rauben lassen wollen". Zugleich ruft man uns von jener Seite in's Gedächtniß zurück, daß wir ja vor einigen Wochen „die kleineren Staaten Deutschlands in Masse hätten zusammenschmelzen wollen", und damit meinen uns denn jene superklugen Leutchen ganz und gar zum Schweigen gebracht zu haben. Allerdings, Bürger! war das Letz-

Digitized by Google

tere von jeher und ist noch heute eine der ersten Forderungen der republikanischen Partei. Wir Republikaner und nur wir verlangen vor Allem eine Eintheilung Deutschlands nach Vernunft und Sitte, statt nach den Interessen einiger Dutzend fürstlicher Individuen; wir wollen, daß jene mit zahllosen Schlagbäumen und vielfarbigen Grenzpfählen planlos sich durchkreuzende, aus den verschollenen Traditionen des „heiligen römischen Reichs" und den Tractaten des berüchtigten Wiener Congresses herstammende Wirthschaft unserer 39 Staaten, Stä:chen und Freistädte, die bisher die Karte unseres Vaterlandes einer aus allerlei bunten Lappen zusammengeflickten Harlequinjacke so ähnlich machte, endlich einmal einer naturgemäßen Ländereintheilung nach Maßgabe der Volksstämme Platz mache, und das alte, ehedem bundestäglich verpönte Lied aus den dreißiger Jahren:

Reuß = Greiz = Schleiz = Lobenstein
Jagt in ein Mausloch hinein!

ist noch heute unser Losungswort. Die Majorität der National-Versammlung will dies freilich nicht, sie wird voraussichtlich — mit bedeutungslosen Ausnahmen — die bisherigen Territorien unserer liliputanischen Westentaschenpotentaten, die sogenannten Zwetschenfürstenthümer u. s. w. conserviren wollen; aber wir zweifeln nicht daran, daß trotzdem der unwiderstehliche Wille des Volkes, der sich namentlich schon in den thüringischen Krähwinkelstaaten so energisch ausgesprochen hat, endlich durchdringen wird. Für diesen Fall aber, den wir allerdings voraussetzen müssen, ist eine neue, im Geiste der wahren Demokratie von Grund aus umgestaltete Verfassung — und eine solche wird gewiß aus dem Schooße unsres constituirenden Landtags hervorgehen — nicht nur kein Hinderniß, sondern sogar ein unverkennbarer Vortheil. Die einzelnen etwa zu uns hinzutretenden Gebietstheile werden sich dann nur um so freudiger und enger an uns anschließen, wenn wir ihnen in einer festgegliederten demokratischen Verfassung die sichere Garantie bürgerlicher und politischer Freiheit entgegenbringen. Sie werden ohne Zweifel nicht so lächerlich eifersüchtig sein auf ihr „Recht mitzusprechen," um sich nicht ein, wenn auch ohne ihre Mitwirkung

Digitized by Google

festgestelltes, vollkommen zeitgemäßes Staatsgrundgesetz freiwillig von uns octroiren zu lassen; vielmehr wird jedes Land, dessen politische Institutionen bereits im Geiste der Neuzeit vollständig reformirt sind, dann um so mehr einen festen Crystallisationspunkt bilden, um den sich ringsum die Nachbargebiete in harmonischer Uebereinstimmung ansetzen. Ohnehin ist diese Möglichkeit, so wünschenswerth sie auch im Interesse des Ganzen ist, leider! noch in allzuweite Ferne gerückt, um, ganz abgesehen von dem eben hervorgehobenen Gesichtspunkt, die Neugestaltung unseres hessischen Verfassungswerks jetzt schon in den Hintergrund zu drängen. Die ganze Voraussetzung ist vielmehr, bei Lichte betrachtet nur eine aus blauer Luft gegriffene Fiktion der „Vaterländler," die sie uns, in Ermangelung besserer Gründe, als letzten Nothbehelf aufs Geradewohl in den Weg schieben; ihre Verwirklichung aber, obschon von unsern Gegnern unerwartet, wird jederzeit von uns mit Freuden begrüßt werden, und — wir wiederholen es — gerade die unverweilte und gründliche Regelung unserer Zustände, gerade die radikale Wegräumung unserer privilegirten Kammern und aller übrigen du Thil'schen Hinterlassenschaften wird unstreitig das beste Mittel sein, dieselbe zu unserem eignen Vortheil anzubahnen.

Bürger! Dies sind die sogenannten Gegengründe der „vaterländisch"-Jaup'schen Sippschaft. Ich hätte wohl nicht nöthig gehabt, mit ihrer Widerlegung so viel Zeit zu vergeuden, denn Sie werden ihren eigentlichen Charakter von vornherein gebührend gewürdigt haben. Sie werden jedoch bei deren gesuchter Armseligkeit von selbst schon auf die Vermuthung gerathen, daß hinter allem jenem kläglichen Gerede von der Vorgeblichkeit einer „provisorischen" Verfassungsrevision u. s. w. noch ein anderer sogenannter Cabinetsgrund zwischen den Zeilen versteckt liegen muß, und dieser zwischenzeilige Grund ist für jeden unbefangenen Beobachter der letzten politischen Ereignisse leicht zu errathen.

Es ist kein Geheimniß mehr – denn die Blätter der eignen Partei machen gar kein Hehl daraus — daß von den verbündeten Camarillen unserer deutschen Fürstenhöfe namentlich in Berlin, München und Wien eine reaktionäre Verschwörung angezettelt ist.

Digitized by Google

Man beabsichtigt, bei Gelegenheit irgend eines verunglückten Crawalls, der nöthigenfalls von jener Seite her geradezu provocirt wird, durch die brutale Gewalt der Bajonette und Kanonen, jener althergebrachten „ultima ratio regis", den mißliebigen Errungenschaften der Revolution den Todesstoß zu versetzen. Die deutsche Professoren-Zeitung deutet ziemlich unverholen die Rückkehr Radetzky's, des „zweiten General Monk", aus Italien als den entscheidenden Zeitpunkt an, und der Reichskriegsminister von Peuker erklärt ebenso unverholen in jenem berüchtigten Briefe nach Berlin, auf dessen schamlosen Inhalt Vogt ihn vergeblich interpellirt hat, daß er die republikanisirten süddeutschen Truppen, die gegen das Volk nicht zu brauchen seien, als Kanonenfutter nach Holstein schicke, um in Süddeutschland erforderlichen Falls durch pommer'sche Truppen „Ordnung" zu schaffen. Allerdings wird der „vaterländische" Verein schwerlich in diese Verschwörung gezogen sein, denn er gehört ohne Zweifel nur zu dem mit blinder Subordination folgenden Bedienten-Troß. Aber wie bekanntlich die Hunde das Herannahen eines Erdbebens richtig vorherfühlen, so läßt auch ihn ein gewisser Instinkt solche Ereignisse ahnen, und dies, verbunden mit der Lust, sich die unvermeidliche Freiheit noch eine Zeitlang vom Halse zu halten, veranlaßt ihn, sich dem Manöver der vorschiebenden contrerevolutionären Politik anzuschließen, darum jubilirt er uns mit unverkennbarer Schadenfreude entgegen: Aha! das geht schief mit euren republikanischen Gelüsten! Darum wollt ihr noch rasch wegnehmen, was ihr bekommt u. s. w. Vor Allem aber nennt er als eines der geheimen Hauptmotive unserer Partei den „Wunsch, *das Eisen nicht erkalten zu lassen*". Bürger! Wir haben keinen Grund, die Wahrheit dieses Motivs abzuläugnen. Ich für mein Theil gestehe gerne, daß sich die Herrn „Vaterländler" aufs Gröbste täuschen, wenn sie mir etwa Furcht vor jenen Ereignissen zuschreiben, denen ihre Partei in thörichter Siegeshoffnung entgegensieht. Ich weiß, daß wir Deutsche die wir von jeher erst **post festum** das Signal unsres freiheitsstolzen Nachbarvolkes aufnehmen, auch diesmal erst die *Juli-Revolution* vom Jahre 30 aus dem Französischen übersetzt haben, und daß jene halbe Maßregel, als deren Resultat uns

Digitized by Google

der unheilvolle Widerstreit zwischen der Souveränität der Dynastieen und der Souveränität des Volkes geblieben ist, über kurz oder lang, durch eine deutsche Februar-Revolution ergänzt werden muß die unter dem Banner der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit das Volk als alleinigen Souverän auf den Thron setzte. Das „hölzerne Eisen" der „demokratischen Monarchie" ist nur eine zwitterhaft doktrinäre Vermittelung zwischen dem „angestammten" Unterthanenthum und dem neuerwachten staatsbürgerlichen Selbstbewußtsein, kein dauernder Friede, sondern nur ein feiger Waffenstillstand zwischen zwei sich wechselseitig regierenden Prinzipien, der durch einen unvermeidlichen Kampf auf Leben und Tod mit dem vollständigen Siege der Demokratie, mit der glorreichen Errungenschaft der Republik enden muß. Darum sehe ich der herannahenden Krisis ohne Furcht, ja mit freudiger Hoffnung entgegen, weil dann endlich die niederträchtige Koketterie der pseudodemokratischen Vertrauensmänner vollständig entlarvt werden wird, und weil dann endlich das zum vollen Bewußtsein seiner schamlos verrathenen Rechte gelangte Volk jene falsche Großmuth, die es diesmal noch auf halbem Wege vor den Stufen der Throne Halt machen ließ, vollständig fallen lassen wird. —

Wenn ich nun trotz dieser Voraussicht das Verlangen nach sofortiger und vollständiger Reorganisation unseres Staates durch einen constituirenden Landtag theile und unterstütze, so geschieht dies einzig und allein aus besonderer Rücksicht für die Ruhe und das Wohl meiner hessischen Mitbürger, um für unser engeres Vaterland eine zukünftige Revolution, wenn auch nicht geradezu überflüssig, so doch durch den sicheren Damm einer auf unerschütterlichen Fundamenten ruhenden, wahrhaft demokratischen Verfassung weniger gefährlich zu machen. „Wir wollen dies," so hat schon die Mainzer Zeitung mit Recht jenes Verlangen motivirt, „um dem Sturm, der ausbrechen kann, gerüstet entgegenzutreten; wir wollen es, damit unser Staat nicht, gleich einem halbzertrümmerten Schiffe, auf dem erregten Ozean der Ereignisse umhergeworfen werde". Darum, Bürger, rufe ich euch laut und ernstlich zu: schmieden wir das Eisen, so lange es noch

Digitized by Google

warm ist, damit es dereinst in der Hand des Volkes als siegreiche Waffe gegen die immer näher herankriechende Hyder der Reaktion dienen kann. Schon ist die erste Hitze verflogen, und wenn das Eisen wieder kalt und spröde geworden ist, sodaß wir es nicht mehr in die richtige Form bringen können, dann wird es auch für uns der flammensprühenden Feuer-Esse einer neuen Revolution bedürfen, deren zündende Funken das morsche Wrack unseres Staates ergreifen und unsern souveränen Thron, gleich dem der Tuilerien, zu Asche bringen werden. — —

Soviel über den sogenannten „Vordergrund" der von der constitutionellen Partei hervorgehobenen Argumente. Außerdem aber lassen unsere Gegner in dem sogenannten „Hintergrund" noch eine andere Frage hervortreten, die denn der That nach für die Mehrheit derselben die Hauptfrage ist und uns einen weiteren Blick hinter die Coulissen ihrer Agitation werfen läßt. Darüber schließlich noch einige Worte.

Man hat, wie Sie wissen, mit allzu eilfertiger Naivität die bisher behandelte politische Frage zu einer reinen Personenfrage gestempelt und damit das wahre Motiv ausgeplaudert, das man bisher gegen unser Verlangen in petto herumtrug, ohne es geradezu gestehen zu wollen. Man hat gesagt, wir hätten die ganze Agitation für das Zustandekommen eines constituirenden Landtags hauptsächlich zu dem Zwecke in's Leben gerufen, um das Ministerium Jaup zu stürzen und darum müsse diesem „wühlerischen Treiben" im Interesse des „gesetzlichen Fortschritts" energisch entgegengetreten werden. Allerdings, Bürger, geht die radikale Fraktion der demokratischen Partei darauf aus, das Ministerium Jaup zu stürzen, und sie hat dessen kein Hehl, weil sie Gründe genug hat, anzunehmen, daß dieser Mann das Vertrauen des Landes weder besitzt, noch verdient, und weil sie fest überzeugt ist, daß durch die Fortdauer seiner seit dem 6. März verfassungswidrigen Amtsthätigkeit die Anerkennung der Volksrechte und die unverkümmerte Erfüllung der Märzversprechungen in Frage gestellt wird. Aber nicht ist uns die Agitation für den constituirenden Landtag ein Mittel zum Sturze des Herrn Jaup — wir haben

Digitized by Google

nicht nöthig, zu dieſem Zwecke ſo gewaltige Hebel in Bewegung zu ſetzen — ſondern der ohnehin unvermeidliche Sturz Jaup's iſt uns nur ein Mittel mehr für das Zuſtandekommen des conſtituirenden Landtags, weil wir wiſſen, daß Herr Jaup ſich im Intereſſe ſeiner miniſteriellen Selbſterhaltung jenem Verlangen hartnäckig entgegengeſtemmt, und daß er in dem Augenblicke der Berufung des conſtituirenden Landtags ſein Portefeuille in andere Hände niederlegen muß, die ohne Zweifel eher im Stande ſind, das Staatsruder zu führen, als die altersſchwachen des Herrn Jaup.

Bürger! Sie wiſſen vielleicht, daß ich mich ſchon öfter, bei öffentlichen Gelegenheiten mit einer vorübergehenden Kritik des Miniſters Jaup beſchäftigt habe. Man hat ihn darum mehrmals ſchon mein Paradepferd genannt, das ich mit beſonderer Vorliebe vorzureiten pflege. Befürchten Sie nicht, daß ich hier abermals dies an und für ſich keineswegs angenehme Geſchäft wiederhole, denn ich geſtehe, es gehört wenig Kraftanſtrengung dazu, um jene Mähre, die eben nur noch mühſam an unſerem Staatswagen keucht und bald für immer zu Boden ſtürzen wird, vollends zu Schanden zu reiten. Ich habe ohnehin nicht nöthig, den genannten Herrn hier von Neuem zu beleuchten; denn er iſt ſtreng genommen, ſchon ein moraliſcher Leichnam, der freilich noch immer nicht verweſen will, ſondern immer noch trotz dem durch das ganze Land klingenden Todtengeläute der öffentlichen Meinung, an der Hand unſerer Camarilla in galvaniſchen Zuckungen zappelt, und es möchte faſt allzuwohlfeil ſcheinen, wenn ich einer ſolchen Leiche, deren widriger Geruch ſchon wochenlang durch die Spalten unſerer demokratiſchen Preſſe fliegt, hier abermals einen neuen Fußtritt verſetzen wollte. Ich übergehe die geheimeſtaatsräthlichen Antecedentien dieſes von vielen Speichelleckern mit dem wohlfeilen Nimbus eines auf Penſion geſetzten Märtyrerthums umräucherten Mannes. Sie ſind dem Publicum großen theils bekannt, und Herr Jaup ſelbſt hat bis jetzt den vielfachen, daraufhin gegen ihn gerichteten Angriffen und Enthüllungen der Preſſe faſt immer die zweideutige Antwort eines hartnäckigen Schweigens entgegengeſetzt. Aber Sie werden mir, abgeſehen davon, gewiß zugeſtehen, daß dieſer auf

Digitized by Google

den Schultern unserer Hofkamarilla emporgeklettterte Minister, der in der Chaise des Prinzen Emil durch die Residenz kutschirt und sich offen rühmt, Nächte lang mit diesem hessischen Prinzen von Preußen zusammenzuarbeiten *). Dieser Patron des übersetzten Praslin, Grafen von Görlitz, dieser Denunziant des wackeren Schulz, dieser offizielle Lobredner der indirekten Wahlen, dieser weiland Vertrauensmann und Mitverfasser jenes berüchtigten erbkaiserlichen Siebzehner-Entwurfs, dieses weiland Mitglied der National-Versammlung, der in der Mainzer Frage für Tagesordnung und außerdem noch für die Vermehrung des stehenden Heeres und die Unverantwortlichkeit des Reichsministers stimmte, dieser Protector der „vaterländischen" Eiopopeio- und blauen Kornblumen-Vereine, dieser dienstfertige Kammerdiener der Hof-Aristokratie, der die armen Odenwälder im Gefängniß schmachten und in allen drei Provinzen politische Untersuchungen gegen die demokratische Partei einleiten läßt, der durch den eines du-Thil würdigen Cabinetsstreich der Kammervertagung den ersten constitutionellen Grundsatz über den Haufen warf und trotz der Protestationen des ganzen Landes die Stirne hat, nach, wie vor, als Minister zu fungiren — doch der Athem würde mir ausgehen, wenn ich den vielgepriesenen Liberalismus des gefeierten Herrn Jaup, der mit unbegreiflicher Selbstgefälligkeit jedesmal seine kleine Privatperson als Rekommandation seiner Cabinetspolitik in den Vordergrund schiebt, hier mit allen entsprechenden Belegen illustriren wollte; — genug, Sie werden mir gewiß zugestehen, daß dieser Mann, trotz aller Lobhudeleien seiner „vaterländischen" Schützlinge das Vertrauen des Volkes nicht verdient und daß sein bis jetzt hartnäckig verweigerter Rücktritt ebensowohl im dringenden Interesse unserer staatsbürgerlichen Freiheit, als insbesondere in unmittelbarem Zusammenhange mit der von uns verlangten Berufung eines constituirenden Landtags steht, ja, streng genommen, deren unerläßliche Voraussetzung ist. — —

*) S. die „neue Zeit".

Digitized by Google

Der demokratischen Partei ist in der vorliegenden Frage ihre Aufgabe klar vorgezeichnet. Vor Allem muß unsere Thätigkeit darauf gerichtet sein, die von den hiesigen Vereinen ausgegangene Adresse, worin die Mitglieder der zweiten Kammer aufgefordert werden, erforderlichen Falls die Steuern zu verweigern, in allen Gemeinden cirkuliren zu lassen, damit sie, von tausenden von Unterschriften bedeckt, als eine imposante Demonstration der öffentlichen Meinung vorgelegt werden können. Diese Agitation muß in möglichst großartigem Maßstabe, am besten durch Abhaltung einiger Volksversammlungen, betrieben werden; denn es gilt jetzt, dem Ministerium Jaup und den „vaterländischen" Herrn von der breitesten Basis schwarz auf weiß zu zeigen, daß sich der gesunde Sinn des hessischen Volkes von dem monotonen Wiegenlied ihrer Vertrauenspredigten nicht hat einschläfern lassen. Zugleich wird man dahin zu wirken suchen, daß die fünf ausgetretenen rheinhessischen Mitglieder; Zitz, Mohr, Behlen, Grode und Brunk, zum Wiedereintritt in die Kammer veranlaßt werden, um die Opposition durch ihre Stimmen zu verstärken. Unter allen Umständen muß Herr Jaup bis zu Ende November's oder spätestens im Anfang des Dezember die Kammer wieder einberufen; denn das Budget ist mit diesem Jahre abgelaufen, und ein neues Finanzgesetz muß alsdann vorgelegt werden. Wir dürfen sicherlich erwarten, daß in diesem Falle die Majorität der Kammer, der Aufforderung des Volkes entsprechend, die Verwilligung weiterer Steuern an die unverweilte Vorlage eines neuen Wahlgesetzes knüpfen wird. Herr Jaup aber kann alsdann, ohne inkonsequent zu sein, kein Wahlgesetz vorlegen, da er dies ausdrücklich von dem Resultate der desfallsigen Beschlüsse der National-Versammlung abhängig gemacht *) und die Berufung einer constituirenden Kammer vor Beendigung der Reichsverfassung entschieden verweigert hat. Die Alternative ist nun meines Erachtens folgende: Entweder — was nicht sehr wahrscheinlich ist — Herr Jaup gibt dem Verlangen der Kammer nach und legt, trotz seiner früheren Erklärungen, das Wahlgesetz vor. Dann muß es unsere Aufgabe sein, gegen den von Herrn Jaup ehedem angepriesenen und voraussichtlich auch diesmal beliebt werdenden indirekten Wahlmodus durch allgemeine Riesen-Adressen zu protestiren und auf die unbedingte Anerkennung des von dem Vorparlament aufgestellten Grundsatzes allgemeiner direkter Wahlen hinzuwirken. Zu gleicher

*) Freilich läßt sich von vornherein erwarten, daß die N.-V. die vom Vorparlament prinzipiell ausdrücklich als Norm aufgestellten allgemeinen direkten Wahlen adoptiren wird, und ohnehin beziehen sich die desfallsigen Bestimmungen der National-Versammlung keineswegs auf die Zeit wortgemäße Anordnung der inneren Wahlen der einzelnen Staaten. —

Digitized by Google

Zeit müssen die demokratischen Vereine an allen Hauptorten der Provinz förmliche Wahl-Comite's constituiren, sich mit dem Bezirks-Ausschuß über die Bildung von Candidaten-Listen verständigen und durch Veranstaltung von Volksversammlungen, sowie durch die Presse dahin arbeiten, daß nur entschiedene Anhänger des demokratischen Princips — die von Herrn Lehne bekanntlich „Querköpfe" und von den Vaterländlern „Wühler" getauft werden — in die neue Kammer eintreten; dafür spricht unter Anderm schon der naive Grund, den Herr Lehne selbst hervorgehoben hat, daß die „Querköpfe" in der Kammer „unschädlicher" seien, als außerhalb derselben, und wir brauchen tüchtige „Wühler" um den Augiasstall unsrer Verfassung auszumisten. — Oder — was das Wahrscheinlichere ist — Herr Jaup verweigert die Vorlage eines Wahlgesetzes, die Majorität der Kammer verweigert daraufhin ihrerseits die Genehmigung des Budget's. Unter diesen Umständen bleibt meines Wissens dem „dauerhaften" Minister kein anderer Ausweg, entweder die Kammer auf's Neue zu vertagen, was indessen ohne verfassungsmäßige Erledigung der Steuerfrage eigentlich nicht geschehen kann, oder die Kammer geradezu aufzulösen, was unter den vorliegenden Verhältnissen ebenfalls nicht gut möglich ist *). In dem letzteren Falle würde, wenn ich nicht irre, der Minister das Recht haben, die Steuern für die nächsten sechs Monate weiter zu erheben **). Alsdann aber bleibt der demokratischen Partei kein anderes Mittel übrig, als unmittelbar an das Volk selbst zu appelliren und es aufzufordern, dem Ministerium Jaup vom 1. Januar 1849 an bis zur endlichen Veranlassung des constituirenden Landtags von sich aus die Steuern zu verweigern. Ob in dieser Krisis Herr Jaup etwa die Bajonette hessischer oder kurhessischer Regimenter als letztes Argument rekurriren, oder ob er endlich in der Ueberzeugung, für immer unmöglich geworden zu sein, das Ministerportefeuille niederlegen wird. — Diese Eventualitäten müssen wir der Zukunft überlassen. Unter allen Verhältnissen aber reichen wir uns in allen drei Provinzen zum Bunde die Hand, und die Sache der Demokraten wird gewiß über die Willkühr eines inconstitutionellen Ministers und die Reaktionsgelüste der Camarilla den Sieg davon tragen. —

*) Ich muß gestehen, daß ich selbst kaum weiß, wie sich alsdann Herr Jaup aus diesem Labyrinthe möglicher Unmöglichkeiten und unmöglicher Möglichkeiten heraus winden wird. Indessen Herr Jaup interpretirt bekanntlich die Verfassung nach seinem ministeriellen Belieben und wir haben erfahren, daß er vor keinem, noch so gewaltsamen Mittel zurückschreckt.

**) Von anderer Seite wird auch dies bestritten, da das Budget schon 2mal von der Kammer verlängert worden ist.